

Fragen

für die Fragestunde der 6. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 17. Januar 2018

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36	Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18
Brandner, Stephan (AfD)	1, 46	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 44
Brantner, Franziska, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	9, 45	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	7, 8	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	47
Ferschl, Susanne (DIE LINKE.)	2, 3	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 49
Fischer, Axel E. (Karlsruhe-Land) (CDU/CSU)	4, 52	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28
Friesen, Anton, Dr. (AfD)	15, 25	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32	Renner, Martina (DIE LINKE.)	10, 11
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27	Schreiber, Eva-Maria Elisabeth (DIE LINKE.)	40, 41
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	50, 51	Stumpp, Margit (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24
Houben, Reinhard (FDP)	16	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	33, 34
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	43		
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	12, 13		
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 42		
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	14
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	15

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
Durch welche Maßnahmen der Bundesregierung wird sichergestellt, dass die verbotene und nach meiner Kenntnis scheinbar wieder oder weiterhin öffentlich zugängliche Internetplattform „indymedia“ abgeschaltet wird und bleibt (www.de.indymedia.org)?

2. Abgeordnete
Susanne Ferschl
(DIE LINKE.)
Trifft es zu, dass in Bayern beschäftigte Bundesbeamte für Lehrgänge der freiwilligen Feuerwehren maximal eine Freistellung von zehn Tagen pro Jahr erhalten (vgl. § 13 Nummer 3 SurlV) und diese für die darüber hinaus benötigten Freistellungsbedarfe entsprechend Urlaub beantragen müssen, während Landesbeamte nach dem Bayerischen Feuerwehrgesetz für Lehrgänge unbegrenzt freigestellt werden (vgl. Artikel 9 Absatz 2 BayFwG), und wenn ja, hält die Bundesregierung vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements bei den freiwilligen Feuerwehren diese Ungleichbehandlung (falls meine Annahme zutrifft) für berechtigt?

3. Abgeordnete
Susanne Ferschl
(DIE LINKE.)
Plant die Bundesregierung hierzu eine entsprechende Angleichung bzw. Harmonisierung der unterschiedlichen Regelungen im Interesse der ehrenamtlich tätigen Feuerwehrdienstleistenden?

4. Abgeordneter
Axel E. Fischer
(**Karlsruhe-Land**)
(CDU/CSU)
Wie viele Anträge zum Familienasyl von Familienmitgliedern von Schutzberechtigten, denen der Flüchtlingsschutz oder die Asylberechtigung zuerkannt wurde oder die subsidiären Schutz erhalten haben, wurden in den Jahren 2016 und 2017 eingereicht, und wie viele davon von Angehörigen von Schutzberechtigten, die bei der Asylantragstellung in Deutschland keine gültigen Ausweisdokumente vorlegen konnten?

5. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Beabsichtigt die Bundesregierung Ende Januar 2018 eine erneute Sammelabschiebung in die Islamische Republik Afghanistan, und wenn ja, unter Beteiligung welcher Bundesländer?
6. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie definiert die Bundesregierung den Begriff „hartnäckige Identitätstäuschung“, – eine der drei Kategorien, aus denen afghanische Ausreisepflichtige von den Bundesländern auch nach dem schweren Anschlag auf die deutsche Botschaft vom 31. Mai 2017 für eine Abschiebung nach Afghanistan angemeldet werden dürfen?
7. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die Sicherheitslage für regierungskritische Personen aus der Türkei bei Besuchen in Deutschland vor dem Hintergrund des Anschlags auf den Fußballspieler Deniz Naki auf der Autobahn 4 nahe Düren am 7. Januar 2018, und welche Maßnahmen werden, ggf. auch in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden der Länder, ergriffen, um deren Sicherheit zu gewährleisten?
8. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung angesichts der Aussage von Deniz Naki, dass er von der Aachener Polizei sieben Stunden lang über seine politischen Einstellungen und Aktivitäten verhört wurde, über mögliche Hintergründe der Täter vor?
9. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwiefern kann die Bundesregierung aus eigenen (auch nachrichtendienstlichen) Erkenntnissen ausschließen, dass die Angaben von Garo Paylan, Abgeordneter der Demokratischen Partei der Völker (HDP) in der Großen Nationalversammlung der Türkei in Ankara, denen zufolge Mordkommandos des türkischen Geheimdienstes MIT erneut auf dem Weg nach Europa seien (www.dw.com/de/naki-ich-bin-kein-politiker-ich-bin-ein-sportler/a-42088153), darunter ein dreiköpfiges Team, um Personen zu eliminieren, die auf einer

Todesliste stehen (www.jungewelt.de/artikel/325047.erdogan-kritiker-sind-in-der-brd-nicht-sicher.html), zutreffend sind, und welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung unternommen, um diese Angaben des HDP-Abgeordneten Garo Paylan über türkische Todesschwadronen in Deutschland und der EU zu überprüfen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

10. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.) Sind dem Generalbundesanwalt für das wieder-
aufgenommene Ermittlungsverfahren zum Okto-
berfestattentat vom Bundesamt für Verfassungs-
schutz (BfV) jenseits von Inhaltsübersichten auch
tatsächliche Akten übersandt worden (vgl. die Ant-
worten der Bundesregierung auf meine Schriftlichen
Fragen 20 auf Bundestagsdrucksache 18/12021 so-
wie 36 und 37 auf Bundestagsdrucksache 18/9641)?
11. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.) In wie vielen Fällen hat der Generalbundesanwalt
in diesem Zusammenhang die Offenlegung der
Identitäten von V-Leuten erfragt?
12. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.) In welchem Zeitraum (bitte ersten und letzten Tag
angeben) war Bilel Ben Ammar Beschuldigter im
Ermittlungsverfahren (Protokoll der 10. Sitzung
des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ord-
nung des Abgeordnetenhauses von Berlin, 3. Juli
2017, Seite 5) zum Attentat auf dem Berliner Breit-
scheidplatz am 19. Dezember 2016, und wurde
Bilel Ben Ammar zu den Tatvorwürfen vernom-
men?
13. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.) Gegen welche weiteren Personen richtet bzw.
richtete sich das Ermittlungsverfahren zum Atten-
tat auf dem Berliner Breitscheidplatz am 19. De-
zember 2016, und von wann bis wann galten sie
jeweils als Beschuldigte?

14. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Vorkehrungen hat nach Kenntnis der Bundesregierung die deutsche Justiz getroffen, um sicherzustellen, dass bei Strafanzeigen mit Verdacht auf Straftaten nach dem Völkerstrafgesetzbuch gegen Personen, die sich nur kurz in Deutschland aufhalten, (wie in den Fällen medizinischer Behandlung von Zokir Almatov aus Usbekistan und jüngst von Ajatollah Seyyed Mahmud Haschemi Schahroudi aus dem Iran), unverzüglich Haftbefehl erlassen wird?
15. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Wie viele Auslieferungsgesuche liegen der Bundesregierung seit dem Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges seitens der Regierung in Damaskus vor, und wie viele Auslieferungsgesuche hat die Bundesregierung seitdem selbst an die syrische Regierung gerichtet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

16. Abgeordneter
Reinhard Houben
(FDP)
- Aufgrund welcher neuen Erkenntnisse hat die Bundesregierung ihre Position zum Verkauf der Bundesanteile an der Flughafen Köln/Bonn GmbH geändert, so dass sie die bisher geäußerte grundsätzliche Verkaufsabsicht nicht mehr weiter verfolgt (vgl. Kölner Stadt-Anzeiger vom 8. Januar 2018, Seite 1, „Airport bleibt in öffentlicher Hand“ und Kölnische Rundschau vom 9. Januar 2018, Seite 6, „Privatisierung von Köln/Bonn wohl vom Tisch“)?
17. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Haltung vertritt die Bundesregierung grundsätzlich zu der vom EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger im Rahmen des neuen Mittelfristigen Finanzrahmens als nötig erachteten Erhöhung des EU-Haushalts auf mindestens 1,1 Prozent des Bruttonationaleinkommens der Mitgliedstaaten, und hat die Bundesregierung die Absicht, entsprechend dieser Erhöhung ab 2021 höhere Beiträge an den EU-Haushalt abzuführen?

18. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Verwendung plant die Bundesregierung für die infolge der Neuberechnung der EU-Eigenmittel geringer ausgefallenen Beiträge Deutschlands zum EU-Haushalt in Höhe von 6,7 Mrd. Euro (für die Jahre 2017 bis 2021; Pressemitteilung des Bundesministeriums der Finanzen vom 9. November 2017), und was spricht aus Sicht der Bundesregierung gegen eine unmittelbare Verwendung der Summe zur Förderung europäischer Investitionen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

19. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bleibt die Bundesregierung bei ihrer Ankündigung, die Modernisierung der türkischen Panzer durch die Rheinmetall AG zu ermöglichen, obwohl Recep Tayyip Erdoğan kürzlich angekündigt hat, seine Panzer künftig auch weiter auf syrischem Territorium einzusetzen, vor allem in kurdisch bewohnten Gebieten (www.spiegel.de/politik/ausland/recep-tayyip-erdogan-tuerkei-will-militaereinsatz-in-syrien-ausweiten-a-1186925.html), und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung diese Entscheidung?
20. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie lautet der aktuelle Zeitplan zur Vorlage des 7. Energieforschungsprogramms der Bundesregierung, und sehen die bisherigen Ressortabstimmungen der Bundesregierung vor, auszuschließen, dass im Zuge ihres 7. Energieforschungsprogramms weitere Bundesmittel für den Bereich Fusionsforschung direkt zur Verfügung gestellt werden sollen (die Frage zielt nicht auf indirekte Fusionsforschungsfinanzierung über den EU-Haushalt; ggf. bitte möglichst detailliert aufschlüsseln)?
21. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Forderung des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron nach einer Revision des Verhandlungsmandats für das EU-Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten aufgrund fehlender wirtschaftlicher Nachhaltigkeit im Landwirtschaftsbereich (www.misereor.de/fileadmin/user_upload/Studie_MERCOSUR_Misereor.pdf), und setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass

eine umfassende ökologische und menschenrechtliche Folgenabschätzung unter Einbeziehung kritischer Stimmen aus der Zivilgesellschaft in Europa und Lateinamerika vorgenommen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

22. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen gesetzgeberischen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung, insbesondere in Anbetracht der von Deutschland ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention, um künftig zu verhindern, dass Eltern, die eine Versorgung ihres gehörlosen Kindes mit einem Cochlea-Implantat ablehnen, sich dem Vorwurf der Kindeswohlgefährdung aussetzen, die ggf. auch rechtlich durchgesetzt wird (vgl. z. B. www.deutschlandfunkkultur.de/eltern-verweigern-cochlea-implantat-keine-gefahr-des-1008.de.html?dram:article_id=401436, Zugriff am 10. Januar 2018), und inwiefern sieht die Bundesregierung angesichts des genannten Falles die Notwendigkeit, entsprechend Artikel 8 der UN-Behindertenrechtskonvention das gesellschaftliche Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu schärfen und die Achtung ihrer Würde zu fördern sowie entsprechend Artikel 30 Absatz 4 die spezifische kulturelle und sprachliche Identität der Gehörlosen stärker zu fördern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

23. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung, der steigenden Anzahl (gemäß ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE., Bundestagsdrucksache 18/12524) minderjähriger Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr entgegenzusteuern, und welche Maßnahmen zur Reduzierung, wie bspw. durch eine Neuausrichtung der Werbestrategie der Bundeswehr und ihrer Zielgruppe, sind in Planung?

24. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welcher Begründung ist Minderjährigen, ein Personenkreis dem das nationale Wahlrecht nicht zuerkannt wird, die Verantwortung des Dienstes an der Waffe zuzumuten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

25. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen in Bezug auf die Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

26. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung die Diskrepanz zwischen einer Antwort aus dem Bundesumweltministerium auf meine Schriftliche Frage 89 auf Bundestagsdrucksache 19/317, in der erklärt wird, dass wegen des kurzen Zeitraums seit Bestehen des Programms noch keine Anträge von Kommunen auf Förderungen aus dem Sofortprogramm zur Luftreinhaltung eingegangen sind, und der Tatsache, dass der Bundesverkehrsminister einen Tag später, am 20. Dezember 2017, öffentlich erklärte (www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2017/168-schmidt-unbuerokratische-hilfe-kommunen.html), dass an jenem Tag 60 Kommunen Fördermittelbescheide zur Förderung im Rahmen des genannten Programms erhalten haben, und teilt die Bundesregierung die Meinung, dass dies den Eindruck fehlender Abstimmung über grundlegende Fragen und Vorgänge innerhalb der Bundesregierung erweckt?

27. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie schätzt die Bundesregierung bezugnehmend auf ihre Antwort auf meine Schriftliche Frage 68 auf Bundestagsdrucksache 19/189 sowie auf die Antwort des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur auf meine inoffizielle Nachfrage per E-Mail vom 4. Januar 2018 die mindestens 20 schwerwiegendsten Mängel (in Bezug auf zeitliche Verzögerung und zusätzlichen Kostenaufwand, die diese verursachen werden) an der Baustelle des Flughafens Berlin Brandenburg unabhängig von anderen Gesellschafterinnen und Gesellschaftern ein, und wie schätzt die Bundesregierung die dadurch entstehenden Mehrkosten ein?
28. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung die Meldung, wonach der Flughafen Berlin Brandenburg einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf von bis zu 1 Mrd. Euro hat, bestätigen, und seit wann hat die Bundesregierung Kenntnis über einen solchen möglichen zusätzlichen Finanzierungsbedarf?
29. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann soll das bereits im Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 vom 3. Dezember 2014 angekündigte und für das Jahr 2016 geplante Förderprogramm zur Anschaffung von Lkw mit Hybridantrieb (Seite 47) starten, und auf welches Gesamtfördervolumen soll das Förderprogramm angesichts der Aktivitäten im Rahmen des Sofortprogramms für saubere Luft der Bundesregierung gegebenenfalls aufgestockt werden?
30. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann will das Bundesverkehrsministerium die Nutzen-Kosten-Untersuchung aller bisher noch nicht bewerteten Schienenprojekte des potenziellen Bedarfs des Bundesschienenwegeausbaugesetzes, deren vollständigen Abschluss der Parlamentarische Staatssekretär Enak Ferlemann in der 81. Sitzung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestages für Ende 2017 in Aussicht gestellt hatte, nunmehr abgeschlossen haben, und wann wird das Bundesverkehrsministerium darüber entscheiden, welche

dieser Projekte des Potenziellen Bedarfes mit einem Nutzen-Kosten-Verhältnis größer als 1 in den Vordringlichen Bedarf des Bundesschienenwegebauausbaugesetzes aufgenommen werden?

31. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Aussagen der Deutschen Bahn AG, wonach sie am im Zusammenhang mit dem Projekt Stuttgart 21 geplanten Bahnhof am Flughafen Stuttgart täglich nur drei Intercity-Zugpaare auf der Strecke Stuttgart–Ulm–München halten lassen will, angesichts der Tatsache, dass bislang im Stresstest-Fahrplan und im Finanzierungsvertrag für das Projekt Stuttgart 21 von einer deutlich höheren Anzahl an Fernverkehrszügen ausgegangen wurde, und wie bewertet die Bundesregierung die hohen Investitionskosten für den neuen Bahnhof am Flughafen Stuttgart angesichts dieser womöglich ausgedünnten Fernverkehrsangebote (www.stuttgarternachrichten.de/inhalt.stuttgart-21-airport-6-statt-100-fernzuege-und-kein-ice.89582c52-65b5-489e-ae5-92093e7760ba.html)?

32. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Weshalb gilt die seit Ende des Jahres 2014 bestehende Ausnahmeregelung, nach der Inhabern von Fahrzeugen mit einer Gesamtmasse von maximal 4 250 Kilogramm (normal: 3 500 kg; www.gesetze-im-internet.de/fev2010ausav_4/BJNR243200014.html), die Elektroautos sind und dem Gütertransport dienen, das Fahren mit dem Führerschein der Klasse „B“ erlaubt, nicht auch für die ehrenamtlich tätigen Fahrerinnen und Fahrer sogenannter Bürgerbusse, und beabsichtigt die Bundesregierung, die Ausnahmeregelung auf Bürgerbusse auszuweiten und damit die Elektromobilität auch in diesem Bereich zu fördern?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

33. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie stellte sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Mietbelastungsquote (Anteil am Haushaltsnettoeinkommen, der für die Bruttokaltmiete aufgebracht werden muss) in den Jahren 1990, 2000, 2010 und im letzten verfügbaren Jahr (unterschieden nach deutschlandweit, Westdeutschland, Ostdeutschland) dar?
34. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Welche sind nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit die zehn Landkreise bzw. kreisfreien Städte mit der höchsten Mietbelastungsquote (bitte die Quote mit ausweisen)?
35. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen späteren Maßnahmen und in welchen Sektoren möchte die Bundesregierung dafür Sorge tragen, dass der aufgrund des Aufgebens der Klimaziele für 2020 notwendigerweise steilere Reduktionspfad von CO₂ bewältigt wird, der notwendig ist, um das „Unter-2-Grad-Ziel“ der Pariser Klimakonferenz zu erreichen?
36. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche zusätzlichen Maßnahmen im Bereich des Hochwasser- und Küstenschutzes unternimmt die Bundesregierung angesichts der jüngsten Prognose des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (<http://advances.sciencemag.org/content/4/1/eaao1914.full>), der zufolge sehr schnell Mittel für Klimaanpassungsmaßnahmen bereitgestellt werden müssen, um der für die 2040er Jahre prognostizierten direkten Betroffenheit von 700 000 Menschen in Deutschland durch Überschwemmungen zu begegnen?
37. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kosten erwartet die Bundesregierung durch vermehrte Hochwasserereignisse bzw. die Anpassung daran für Bürgerinnen und Bürger, Bund und Länder, wenn, wie durch eine aktuelle Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung („Adaptation required to preserve future high-end river flood risk at present levels“, <http://advances.sciencemag.org/content/4/1/eaao1914>.

full) prognostiziert, in Zukunft ohne massive zusätzliche Maßnahmen 710 000 Menschen in Deutschland von den stärkeren Hochwasserereignissen betroffen sein könnten, und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund einer Nichterfüllung des deutschen Klimaziels für 2020 aus der Erkenntnis, dass eine Anpassung an Hochwasserrisiken vielerorts schwierig wird, wenn die globale Temperatur um mehr als 2 Grad Celsius steigt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

38. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum und auf wessen Betreiben hat die Bundesregierung den 21. BAföG-Bericht gegenüber dem ersten Entwurf verändert, in dessen Ursprungsfassung stand, „dass eine Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge sowie der Höchstbeträge bei den Sozialpauschalen notwendig wird“, während in der vom Kabinett verabschiedeten Fassung steht, „dass eine mögliche Neufestlegung der Bedarfssätze und Freibeträge sowie der Höchstbeträge bei den Sozialpauschalen eine Aufgabe der künftigen Bundesregierung ist“ (siehe SPIEGEL ONLINE vom 13. Dezember 2017, „Bundesregierung schiebt Bafög-Erhöhung auf“)?
39. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Mitglieder des BAföG-Beirats nach mir vorliegenden Informationen erst am 1. Dezember 2017 für eine Sitzung am 8. Dezember 2017 eingeladen, so dass die Sitzung aufgrund dieser kurzfristigen Einladung ausfallen musste und das Kabinett den 21. BAföG-Bericht ohne Stellungnahme des BAföG-Beirats beschlossen hat, obwohl aufgrund der im BAföG verankerten Berichtspflicht klar war, dass im Laufe des Jahres 2017 ein BAföG-Bericht erscheinen muss, die Mitglieder des BAföG-Beirats seit dem Frühjahr 2017 feststehen und mit einem frühzeitigen „Save-the-Date“ Termine hätten freihalten können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

40. Abgeordnete
Eva-Maria Elisabeth Schreiber
(DIE LINKE.)
- Wie erklärt es die Bundesregierung, dass entgegen ihrer Darstellung, in Casablanca im September 2017 ein Migrationsberatungszentrum eröffnet zu haben, laut dem Artikel der „taz.die tageszeitung“ (10. Januar 2018, „Tausend und keine Beratung“) vor Ort kein funktionierendes Büro existiert und die lokale Arbeitsagentur von einem „Projekt, das hoffentlich im Mai/Juni 2018 starten kann“ spricht, und soll der Fokus der Beratungen zukünftig darauf liegen, über legale Migrationsmöglichkeiten nach Deutschland aufzuklären – wie es die Zuständigen vor Ort betonen – oder darauf, die Rückkehr nach Marokko zu erleichtern – wie es der Bundesminister Dr. Gerd Müller in Deutschland öffentlich erklärt hat (u. a. www.tagesschau.de/inland/mueller-afrika-eu-101.html)?
41. Abgeordnete
Eva-Maria Elisabeth Schreiber
(DIE LINKE.)
- Wofür sollen die 650 Mio. Euro, die der Bundesminister Dr. Gerd Müller in diesem Jahr für die Rückkehr von Migranten und Geflüchteten in ihre Heimatländer ausgeben möchte (www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/CSU-Minister-will-650-Millionen-fuer-Rueckkehr-von-Fluechtlingen), genau verwendet werden (bitte einzelne geplante Maßnahmen mit anvisierten Finanzmitteln angeben), und aus welchen Haushaltsmitteln sollen diese Ausgaben finanziert werden?
42. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Um welche Summe plant die Bundesregierung, vor dem Hintergrund der Aussagen der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, dass es mehr Bildungsangebote für Kinder in Entwicklungsländern brauche (www.aerzteblatt.de/nachrichten/87419/Merkel-fuer-staerkeren-Kampf-gegen-Kinderarbeit), auf der Geberkonferenz der multilateralen Globalen Bildungspartnerschaft am 1. und 2. Februar 2018 in Dakar ihre Beiträge zu erhöhen, und hält die Bundesregierung gesetzliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für ein probates Mittel, um die laut der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel „erschreckend hohe Zahl“ (ebd.) von Kindern, die von ausbeuterischer Kinderarbeit betroffen sind, zu senken?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

43. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche neueren Erkenntnisse hat die Bundesregierung seit dem 25. Januar 2017 von der US-Seite über die Steuerung von Drohneneinsätzen über eine Relaisstation in Ramstein sowie die diesbezügliche Einbindung der dortigen Distributed Ground Station erhalten, wozu mir der Staatsminister im Auswärtigen Amt Michael Roth versicherte, die Bundesregierung bleibe in der Angelegenheit „am Ball, um die notwendigen Informationen zu erhalten“, und die Staatsministerin im Auswärtigen Amt Dr. Maria Böhmer erklärte, die Bundesregierung bleibe mit „den US-Partnern zur Rolle des Luftwaffenstützpunkts Ramstein beim Einsatz von unbemannten Luftfahrzeugen weiterhin im Austausch“, der Prozess verzögere sich jedoch wegen Personalschwierigkeiten der neuen US-Administration (Plenarprotokoll 18/205, Antwort auf meine Mündliche Frage 16, Plenarprotokoll 18/214, Antwort auf meine Mündliche Frage 7, Plenarprotokoll 18/233, Antwort auf die Mündliche Frage 10 des Abgeordneten Niema Movassat), und sofern die nach Bekanntmachen der Rolle Ramsteins im US-Drohnenkrieg gegenüber den Obleuten des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages am 28. September 2016 angekündigten weiteren „notwendigen Informationen“ zur Causa Ramstein noch nicht eingegangen sind, für wann rechnet die Bundesregierung damit?
44. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung versucht, in Erfahrung zu bringen, ob der russische Brennstoffproduzent TVEL für die von ihm für den deutschen Forschungsreaktor FRM II produzierten Brennelemente mit hochangereichertem Uran (HEU) alte HEU-Bestände verarbeitet oder neu produziertes HEU nutzt, oder nicht (ggf. bitte jeweils mit Angabe des Datums der betreffenden Versuche; vgl. unklare Beantwortung dieses Frageaspekts in der Antwort der Bundesregierung vom 10. Januar 2018 auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 19/415), und kann sie bestätigen, dass sowohl sie selbst auf Basis ihres vorhandenen Wissens als auch die von ihr in ihrer genannten Antwort referenzierte Fachwelt nicht mit abschließender Gewissheit sagen können, dass in Russland die HEU-Produktion nicht wieder aufgenommen wurde (bitte mit konkreter Erläuterung)?

45. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche (auch nachrichtendienstliche) Kenntnisse hat die Bundesregierung über die beim am 6. Januar 2018 auf dem von der griechischen Küstenwache gestoppten unter tansanischer Flagge und für eine griechische Reederei fahrenden Frachter gefundenen 29 Container mit etwa 410 Tonnen Sprengstoff an Bord (Befrachter, Verfrachter, Ablader bzw. Eigentümer und Empfänger etc.), der im türkischen Mersin geladen und als Ziel den libyschen Hafen Misrata hatte (www.faz.net/aktuell/gesellschaft/frachter-mit-410-tonnen-sprengstoff-gestoppt-15385176.html)?
46. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wie viele Personen deutscher Staatsbürgerschaft werden nach Kenntnis der Bundesregierung im Ausland recht- und unrechtmäßig gefangen gehalten, und in welchen Ländern sitzen sie fest (bitte nach den 14 am häufigsten vertretenen Ländern sowie insgesamt einmal unter „sonstige Länder“ aufschlüsseln)?
47. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Inwiefern spielten bei der Erteilung der Einreiseerlaubnis für Ajatollah Seyyed Mahmud Haschemi Schahroudi auch menschenrechtliche Fragestellungen (u. a. seine Hinrichtungsurteile gegen Minderjährige und Foltervorwürfe, vgl. www.dw.com/de/wer-ist-ajatollah-shahroudi/a-42111382) eine Rolle, und hat die Bundesregierung bei der Erteilung der Einreiseerlaubnis das Handeln von Ajatollah Seyyed Mahmud Haschemi Schahroudi mit den Regelungen der UN-Kinderrechtskonvention (BGBl. II 1992 S. 121) und der UN-Antifolterkonvention (BGBl. II 1990 S. 246) abgeglichen?
48. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Seit wann war der Bundesregierung und seit wann war dem Generalbundesanwalt nach Erkenntnis der Bundesregierung der Aufenthalt von Ajatollah Seyyed Mahmud Haschemi Schahroudi in Deutschland bekannt?
49. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit werden möglicherweise vorliegende Straftatbestände nach dem Völkerstrafgesetzbuch bei der Vergabe von Visa zur medizinischen Versorgung berücksichtigt, und inwiefern spielten diese Kriterien im Fall der Visumerteilung an Ajatollah Seyyed Mahmud Haschemi Schahroudi

eine Rolle, der lange Jahre einem von Menschenrechtsorganisationen vielfach kritisierten Rechtssystem vorstand (vgl. z. B. www.amnesty.org/en/documents/mde13/102/2009/en/)?

50. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Inwiefern war eine mögliche Entschärfung der Reisehinweise für die Türkei seitens der Bundesregierung Thema bei den Gesprächen des Bundesaußenministers Sigmar Gabriel und dessen türkischem Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu am 6. Januar 2018 in Goslar, und inwieweit sieht die Bundesregierung die Voraussetzungen für die Aussage des türkischen Tourismusministers Numan Kurtulmuş, „dass es für deutsche Bürger nicht gefährlich ist, die Türkei zu besuchen“ (dpa vom 11. Januar 2018) als gegeben an?

51. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Welche aktuellen Erkenntnisse hat die Bundesregierung bzgl. der steigenden Zahlen neu ankommender Flüchtlinge (bitte Zahlen von Oktober 2017 bis Januar 2018 angeben; www.welt.de/politik/deutschland/article169640255/Griechenland-trickst-bei-der-Fluechtlingszahl.html, www.heise.de/tp/features/Die-griechische-Regierung-und-die-Fluechtlingszahlen-3864376.html), und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um Griechenland bei der Aufnahme zu entlasten und die humanitären Bedingungen in Moria zu verbessern (www.zeit.de/2018/02/fluechtlingslager-lesbos-moria-zustand?wt_zmc=sm.ext.zonaudev.mail.ref.zeitde.share.link.x)?

52. Abgeordneter
Axel E. Fischer
(**Karlsruhe-Land**)
(CDU/CSU)

Wie viele Anträge zum privilegierten Familiennachzug von asylberechtigten Schutzberechtigten, denen die Flüchtlingseigenschaft oder subsidiärer Schutz zuerkannt worden ist, wurden in den Jahren 2016 und 2017 gestellt, und wie lange ist die durchschnittliche Dauer der Bearbeitung dieser Anträge?

